

1897.

Sonntag, 27. Februar.

Der Gefellige.

No. 49.

71. Jahrgang.

Brandenzer Zeitung.

General-Anzeiger

für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern.



Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Kasse in der Stadt Brandenburg und bei allen Postanstalten vierteljährlich 1 Mk. 80 Pf., einzelne Nummern (Beilageblätter) 15 Pf. Inserationspreis: 15 Pf. die gewöhnliche Zeile für Privatanzeigen aus dem Reg.-Bez. Markenswerder, sowie für alle Stellengesuche und -Angebote, — 20 Pf. für alle anderen Anzeigen. — Im Restemerkel 15 Pf. Verantwortlich für den redaktionellen Theil: Paul Fischer, für den Anzeigenthell: Albert Proschel beide in Brandenburg. — Druck und Verlag von Gustav Köthe's Buchdruckerei in Brandenburg.

Brief-Adr.: „An den Gefelligen, Brandenburg“. Telegr.-Adr.: „Gefellige, Brandenburg“.

Druckpreis: Anschlag No. 10.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Für 60 Pf.

wird der „Gefellige“ von allen Postämtern für den Monat März geliefert, frei in's Haus für 75 Pf. Bestellungen werden von allen Postämtern und von den Landbriefträgern entgegengenommen.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans „Der Amerikaner“ von E. v. Linden auf Wunsch durch die Expedition kostenlos nachgeliefert, ebenso die bisher erschienenen Hefungen des „Vögelischen Gesetzbuchs“, soweit der Vorrath reicht.

Vom deutschen Reichstage.

185. Sitzung am 26. Februar.

Zur ersten Verathung steht ein Gesetzentwurf, eingebracht von den Abgeordneten Colbus und Gen., betr. die Neuregelung der Wahlen in Elsaß-Lothringen. Der Antrag will im wesentlichen das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Landesausschüsse einführen.

Abg. Winterer (Els.) führt aus, daß bei der jetzt bestehenden indirekten und korporativen Wahl die wirklichen Ansichten der Bevölkerung nicht zum Ausdruck kämen.

Abg. Freix (Els.) meint, die gegenwärtige Landesvertretung in Elsaß-Lothringen sei lediglich ein Scheinparlament ohne Macht und ohne Wirkgehalt. Bei den Wahlen spielten nur Rücksichten auf persönliche Freundschaft und Bekanntschaft und sehr oft auch kleinlicher Ehrgeiz mit.

Abg. Rath (Els.) entgegnet, in Wirklichkeit sei der Landesauschuss durchaus kein bloßes Reiter- und Beamtenparlament. Auch sei es falsch, daß der Landesauschuss im Lande unpopulär sei; dem widerspreche die Thatfache, daß die maßgebenden Mitglieder immer wiedergewählt wurden.

Abg. Buch (Els.) hält den Landesauschuss für kein Parlament, sondern für eine nur nach der Fülle der Regierung tanzenbe Körperschaft. Der Redner verbreitet sich über den Diktaturzustand und sagt, daß nicht einmal die Gemeinden ihre Bürgermeister frei wählen dürfen.

Abg. Rath (Els.) betont, die Gemeinden seien nie selbstständig und freier gewesen, als seit Erlaß der neuen Gemeindeordnung.

Abg. Lieber (Els.) erklärt, daß sich das Centrum dem Antrage anschließen. Der Landesauschuss habe auch nicht die geringste Neigung bezüglich seiner Zusammensetzung mit dem, was man sonst unter einem Parlament verstehe. Leiste man den Forderungen der Elsaß-Lothringer so zähen Widerstand, wie der Statthalter und der Staatssekretär, dann schaffe man sich Hofstühle.

Abg. Lenzmann (Els., Volksp.) stimmt im Namen seiner Partei dem Antrage zu. Die Politik der Polizei-Willkür habe uns Elsaß-Lothringen nicht näher gebracht, sondern eher noch entfernt.

Abg. v. Marquardsen (natlib.) wendet gegen den Antrag ein, daß er viel mehr verlange, als irgend ein anderer Einzelstaat in Deutschland habe, denn noch in keinem derselben bestehe allgemeines direktes Wahlrecht. Dies sei nur der Fall bei den Wahlen zum Reichstage, und da hätten ja natürlich die Elsaß-Lothringer genau dasselbe Wahlrecht wie alle anderen Einzelstaaten.

Abg. Räder (Els., Ber.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. Graf Stolberg (kons.) lehnt ihn dagegen ab.

Abg. Werner (Els., Volksp.) will für den Antrag stimmen.

Die Beamten in Elsaß-Lothringen hätten es in der That nicht verstanden, die Herzen der Bevölkerung zu gewinnen.

Nach einem Schlusswort des Abg. Colbus (Els.) tritt das Haus sofort in die Lesung des Antrags ein, wobei der Antrag (Gesetzentwurf) ohne Debatte angenommen wird.

Deutsche katholische Ansiedler.

Der bereits erwähnte Geschäftsbericht über die Thätigkeit der Ansiedlungskommission ist durch die hervorragende Sachlichkeit charakterisiert, welche das persönliche Wirken des Präsidenten der Ansiedlungskommission Dr. von Wittenburg überhaupt kennzeichnet. Diese Objektivität hat allerdings den Nachtheil, mechanischen Vergleichen der Centrumsblätter und polnischen Presse auf konfessionellem Gebiet eine bequeme und von der Presse dieser Art selbstverständlich mit Vergnügen gebrauchte Handhabe zu bieten, um gegen die Kommission zu gehen und ihr mit dem Vorwurf „antikatholischer“ Propaganda Steine in den Weg zu rollen. Die „Natlib. Korrespond.“ legt an einem in der That klärenden Beispiel dar, wie wenig berechtigt dieser Vorwurf und wie schwer die Verantwortung der Ansiedlungskommission gerade bei der Geschäftsmachung katholischer Ansiedler ist.

Im Kreise Jarotschin, eine Meile von dem bisherigen Sitz des bekannten Probstes Szadinski, befand sich ein Gut Namens Slawoschewo, fast 4000 Morgen groß. Im Jahre 1891 wurde die Besiedelung begonnen; das Gut erhielt den Namen Lawau und wurde 1893 in eine Landgemeinde umgewandelt und 34 katholische Ansiedler, westfälische Bauern aus dem Warburger, angesetzt gemacht. Die Ansiedlungskommission baute der Gemeinde auf eigene Kosten eine katholische Schule, sie baute ihr eine schauende Kirche, und bildete dann aus Lawau, Pischütz und Strzhydz eine eigene Pfarodie, stiftete sie aus dem Ansiedlungsfonds mit einem Pfarrhaus und Land aus und die geistliche Oberbehörde war damit ganz und gar einverstanden. Nun sollte aber die Kultursprache deutsch sein, und da sitzt der Pfarrer. Die geistliche Oberbehörde ist zwar noch immer „einverstanden“, im Bericht für 1895 wird das Einverständnis verzeichnet, auch noch im Bericht für 1896, nur ist von einem Ergebnis dieses Einverständnisses nichts zu merken.

Nach den an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen ist festgestellt, daß die Ansiedler unter keinen Umständen einen Pfarrer haben wollen, denen ihnen Herr Erzbischof v. Stabrowski aus der Geistlichkeit seines Sprengels zugeordnet hat. Sie wollen einen Geistlichen aus der Heimath; alle Vorbedingungen sind erfüllt, es fehlt eben nur noch die offene Zustimmung des polnischen Erzbischofs.

Warum die Lawauer Westfalen keinen Geistlichen aus der Diözese Posen-Gnesen haben wollen, hat folgenden begreiflichen Grund. Sie haben es mit ihrem Bewußtsein, daß sie als Träger des Deutschthums nach dem Osten gewandert sind, zunächst nicht vereinbaren können, daß ihnen die polnische Geistlichkeit bei der letzten Reichstagswahl polnische Stimmzettel in die Hand zu drücken versuchte, was auf Breichener Ansiedlungsgütern bekanntlich den „Erfolg“ hatte, daß die katholischen Ansiedler durchweg polnisch stimmten. Da in Lawau dieser Versuch gemacht, aber mißglückt ist, kann man sehr gut begreifen sowohl die Stimmung im Posener Domkapitel, wie die der Ansiedler selbst. Beiläufig bemerkt, haben sie früher laut eigener Aussage in der Heimath durchweg für das Centrum gestimmt. Sie könnten also die Herren Bischen, Fuchs und Genossen als unanfechtbare Gewährsmänner aufführen, was katholisch, was deutsch und was polnisch ist. Man könnte daher darüber schreiben, wie diese Leute weiter sich in ihrer Eigenschaft als Deutsche und in der friedlichen, vertraglichen Vertretung ihrer nationalen Pflichten unausgesetzt von ihrer polnischen Umgebung vor den Kopf gestoßen fühlen. Es sei den Herren vom Centrum für die bevorstehende Verathung über den Bericht der Ansiedlungskommission folgende Anfrage empfohlen:

„Ist es der hohen Staatsregierung bekannt, daß in Lawau westfälische katholische Bauern sitzen, die eine schöne Pfarre und eine nagelneue Kirche haben, aber keinen Pfarrer aus der Heimath zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse erhalten können? Ist es der Staatsregierung bekannt, daß den todtten Punkt hinaus kommt: Was gedenkt die Staatsregierung (natürlich mit Unterstützung des Centrum) zu thun, um dem religiösen Bedürfnis der Lawauer Katholiken gerecht zu werden?“

34 deutsche katholische Familien an der Ostgrenze warten auf Antwort!

Das Lehrerbefoldungsgesetz.

Das von beiden Häusern des preussischen Landtages genehmigte Gesetz betr. das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen tritt bereits am 1. April 1897 in Kraft. Die Regierung hat ihre Zustimmung zu den beschlossenen Änderungen ausgesprochen. Der Versuch einer höheren Bemessung des Grundgehalts ist an dem Widerstande der Finanzverwaltung gescheitert, aber die Alterszulagen sind gegen den Vorschlag der Regierung um 25 Prozent erhöht worden. Das für die Volksschullehrer und alle Gemeindevorstände in Stadt und Land wichtige Gesetz, das bis zum Erlaß eines allgemeinen Volksschulgesetzes gilt, bestimmt:

§ 1. Die an einer öffentlichen Volksschule endgültig angestellten Lehrer und Lehrerinnen erhalten ein festes, nach den örtlichen Verhältnissen und der besonderen Anstellung angemessenes Dienstverhältnis. Dasselbe besteht: 1. in einer festen, ihrem Betrage nach in einer bestimmten Geldsumme zu berechnenden Befoldung (Grundgehalt); 2. in Alterszulagen; 3. in freier Dienstwohnung oder entsprechender Miethszuschußung. Auf Lehrer und Lehrerinnen, deren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen sind, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Entscheidung darüber, ob ein Lehrer oder eine Lehrerin nur nebenbei beschäftigt ist, steht lediglich der Schulaufsichtsbehörde zu.

2. Das Grundgehalt darf für die Lehrstellen nicht weniger als 900 Mark, für Lehrerinnenstellen nicht weniger als 700 Mark jährlich betragen. Rektoren, sowie solche erste Lehrer an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind (Ganzlehrer), erhalten nach Maßgabe der örtlichen und amtlichen Verhältnisse ein höheres Grundgehalt, als die anderen an derselben Schule angestellten Lehrer.

3. Die Befoldung der einstellenden angestellten Lehrer und Lehrerinnen, sowie derjenigen Lehrer, welche noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienste gestanden haben, beträgt ein Fünftel weniger als das Grundgehalt der betreffenden Schullehrer. Jedoch darf die Befoldung der Lehrerinnen nicht weniger als 700 Mark jährlich betragen. Der Minderbetrag kann durch Beschluß des Schulverbandes auf einen geringeren Bruchtheil beschränkt werden.

4. Bei dauernder Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes soll das Grundgehalt der Stelle entsprechend der mit dem kirchlichen Amte verbundenen Mithaltung ein höheres sein, als in den §§ 1 und 2 bestimmt ist.

In dieses Grundgehalt sind auch die Einkünfte aus dem zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmten Schul-, Kirchen- und Stiftungsvermögen einschließlich der Zuschüsse aus Kirchenrenten und von Kirchengemeinden sowie der sonstigen Einnahmen aus dem Kirchengeld einzurechnen. Dabei findet die Vorschrift des Artikels I § 4 Abs. 4 des Gesetzes, betr. die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 6. Juli 1885, sinngemäße Anwendung.

Der Mehrbetrag (Abs. 1) darf die Gesamtsumme dieser Einkünfte und Einnahmen (Abs. 2) zuzüglich des Aufwandeswerthes des den kirchlichen Interessenten gehörigen Anteils an dem Schul- und Küsterhaus oder Küstergehöft nicht übersteigen. Die Feststellung des Mehrbetrages hat nach Benehmen mit der kirchlichen Behörde zu geschehen.

Im Falle der Trennung des kirchlichen Amtes von dem Schulamte hat der Lehrer, welcher zum Bezuge des mit dem

vereinigt gewesenem Amte verbundenen Dienstverhältnisses berechtigt gewesen ist, Anspruch auf die fernere Gewährung eines Dienstverhältnisses in gleichem Betrage, sofern nicht seine Anstellung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgt ist, daß und bis zu welchem Betrage er für diesen Fall eine Kürzung seines Dienstverhältnisses sich gefallen lassen müsse.

5. Die Alterszulagen sind nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in der Weise zu gewähren, daß der Bezug nach siebenjähriger Dienstzeit im öffentlichen Schuldienste (§ 10) beginnt und daß neun gleich hohe Zulagen in Zwischenräumen von je drei Jahren gewährt werden.

6. Die Alterszulage darf in keinem Falle weniger betragen als: 1) für Lehrer jährlich 100 Mark, steigend von drei zu drei Jahren um je 100 Mark bis auf jährlich 900 Mark; für Lehrerinnen jährlich 80 Mark, steigend von drei zu drei Jahren um je 80 Mark bis auf jährlich 720 Mark.

7. Ein rechtlicher Anspruch auf Neugewährung einer Alterszulage steht den Lehrern und Lehrerinnen nicht zu, die Versagung ist jedoch nur bei unbefriedigender Dienstführung zulässig. Die Versagung bedarf der Genehmigung der Bezirksregierung, in Berlin des Provinzialkollegiums. Die zeitweise Vorenthaltung der Alterszulage ist ohne Einfluß auf die Berechnung der Dienstzeit bei späterer Gewährung der Zulage.

8. Behufs gemeinsamer Vertheilung der Alterszulagen wird für die zur Ausführung verpflichteten Schulverbände in jedem Regierungsbezirk (ausschließlich der Stadt Berlin) eine Kasse gebildet. Die Verwaltung der Alterszulagen erfolgt durch die Bezirksregierung. Die Kassengeschäfte werden durch die Regierungshauptkasse und durch die ihr unterstellten Kassen unentgeltlich besorgt. Die Alterszulagen werden von der Kasse an die Bezugsberechtigten gezahlt. Die Kosten der Zusendung trägt die Kasse. In städtischen Schulverbänden erfolgt die Auszahlung durch die Schulverbände für Rechnung der Alterszulagekasse. Das gleiche Verfahren kann von der Schulaufsichtsbehörde in größeren ländlichen Schulverbänden angeordnet werden.

Für jedes mit dem 1. April beginnende Rechnungsjahr wird der Bedarf der Kasse nach dem Stande der Alterszulagen vom 1. Oktober des Vorjahres unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Steigerung oder Verminderung der Alterszulagen und unter Hinzurechnung der voraussichtlichen Verwaltungskosten berechnet.

9. Der Bezug der Alterszulagen beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Vierteljahres, in welchem die erforderliche Dienstzeit vollendet wird.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, den 26. Februar.

Der Kaiser nahm in Hubertusstock am Donnerstag die Vorträge des Kriegsministers v. Goltz, sowie des Chefs des Militärkabinetts v. Hahnke entgegen. Nach Berlin wird der Kaiser nun doch schon am Freitag zurückkehren und Abends einer Einladung zum Festmahle des Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg entsprehen.

Der Seniorenkongress des Reichstags hat am Donnerstag Nachmittag beschlossen, alle Sitzungen während der nächsten Woche auszuweichen unter der Voraussetzung, daß die Budgetkommission vom nächsten Donnerstag ab regelmäßige Sitzungen hält.

In der polnischen Presse wird gegenwärtig ein ähnliches Beispiel zur bevorstehenden Hundertjahrfeier geboten wie bei den vorjährigen Jubiläumsfeiern. Der „Drenbinnik“ z. B. fordert offen die polnischen Vereine auf, sich von der Theilnahme an den zu veranstaltenden Festlichkeiten fernzuhalten. Er weist darauf hin, daß unter der Regierung des ersten Kaisers das Gesetz über das Ansiedlungsverfahren ergangen sei. Würden gesetzgeberische Maßnahmen unter der Regierung eines Herrschers den Anlaß bilden können, an Festlichkeiten zu Ehren dieses Herrschers nicht theilzunehmen, so würde es um die Centenarfeier allerdings traurig bestellt sein. Für die Konservativen würde die Freizügigkeit und das Zivilisationsgesetz ein Grund zum Fernbleiben bilden; für die Freisinnigen die Schutzollgesetzgebung, für die Antisemiten die Durchführung der Emanzipation der Juden u. s. w. Nicht der Erinnerung an einzelne Gesetze gilt die schöne Feier, sondern der Dankbarkeit für den Mann, unter dem Deutschlands Einheit begründet worden ist. Daß die Polen gerade freilich dafür keine Sympathien übrig haben, wissen wir sehr wohl; wir wünschen nur, daß ihr Verhalten überall richtig gewürdigt wird.

Zum Centrum's Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird, der „Liberalen Korr.“ zufolge, ein Abänderungsantrag eingebracht werden, welcher lautet:

„Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Zuzünder sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden.“

Bemerkte sei zunächst dazu, daß von der Landespolizeibehörde stets Ausländer ausgewiesen werden können, wenn sie sich lästig machen und das wäre bei Jesuiten doch zweifellos stets der Fall.

Ein ähnlicher Antrag ist schon früher einmal eingebracht worden. Er ist so recht für Leute geeignet, die sich nicht

Die Beerdigung findet Montag, den 1. März, 3 Uhr Nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Anna Müller
geb. Schiffert.

der Firma
W. Smolinsky.

Maſchinen-Fabrik
Danzig.
Muſterſchränke ſtetig a. Lager

Thomasewski & Schwarz.

Amtl. Ruhungswerth 4300 Mt.
Meld. unt. Nr. 7271 a. d. Gesell.

Gegründet 1859.

Unsere bekannte Specialität **solid und modern** bewiesen durch **zahllose Empfehlungen**, liefern wir in schwarz, blau oder braun **3 1/2 Meter** zum Anzuge für **10 Mark**. — **Extra prima**, 140 Centimeter breit, 3 Meter zum Anzuge **12 Mark**, reine Wolle, **echte Farbe**. Muster hiervon und allen anderen Herrenstoffen im überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen **franco** an Jedermann. Kein Kaufzwang. 14610 **Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 107.**

Schweidnigerstr. 28, dem Stadttheater gegenüber.

einzuheirathen.
eld. unt. Nr. 7978 a. d. Gesell.
Wandan bei Marienwerd
R. Vangerow, Lehrer.

Station Schönesee.

Gaule jeden Posten außer

Beaufichtigung bei [3696
Anna Hannemann, Lehrerin,
Bromberg, Mittelftr. 35, II r.

Heute 3 Blätter.

Wraubenz, den 26. Februar.

— Die Wahlen des Kaufmanns Kainenberg zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Stulm, des Weiskers Brach zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Bischofswerder, des Zimmermeisters Kriewitz zum unbesoldeten Stadtrath der Stadt Thorn, des Stadtkämmerers Kannoński in Briesen auf eine weitere Wahlperiode, sowie die Wiederwahl der unbesoldeten Rathmänner der Stadt Rosenberg, Maurermeister Hann und Rentier Weigal, sind bestätigt worden.

Vor dem Schwurgericht standen heute die Arbeiter Franz Warchold aus Heubuden, Andreas Jagelski und Franz Wiegmann aus Rathof, die beiden erften wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode und der letztere wegen Vethelligung an einer Schlägerei, wobei ein Mensch das Leben verloren hat, angeklagt. Am 9. August v. Js. wohnten die Angeklagten in Vogelshang bei Marienburg einem Tanzergnügen bei. Auf dem Rückwege geriethen sie bei Rathof auf dem Damm mit drei anderen Personen zusammen, und es kam zur Schlägerei. Der Arbeiter Viegebrocht aus Stadt Rathof wurde mit Messern derart zugerichtet, daß er an den Folgen der Verletzung starb. Die Angeklagten bekennen sich alle drei für schuldig. Der Gerichtshof erkannte gegen Warchold auf vier Jahre Gefängniß, gegen Jagelski auf vier Jahre Huchthaus und Verlust der bürgerlichen

Abstin., 25. Februar. Einen Akt von Dankbarkeit hat der hiesige Vorshußverein auszuführen beschlossen. Der verstorbenen langjährige Rentant bezw. Direktor Dobenzig hat sich, zumal in der sehr kritischen Zeit vor etwa 12 Jahren, nicht allein durch seine unermüdlige Thätigkeit, sondern ganz besonders auch dadurch, daß er stets mit seinem eigenen Vermögen in die Presse getreten ist, um das Bestehen des Vereins sehr verdient gemacht. Der Verein hat deshalb beschlossen, ein würdiges Denkmal auf seinem Grabbügel setzen zu lassen.

— [Wäſche und Litteratur.] Die neueſte Erfindung zur Erleichterung der Pflege von Kunſt und Litteratur, ſo ſchreibt ein amerikaniſches Blatt, ſind — Hemden mit Papiereneinſatz in den loſen Blättern über einander, von denen man täglich ſs abreißt, ſodaß man alle Tage eine reine, weiße Druckſchäſche erhält. Der Erfinder dieſer ſehr praktiſchen Tracht druckt jetzt auf der Rückſeite der einzelnen Blätter eine höchſt ſpannende Erzählung in Fortſetzungen! Hat nun der Träger eines ſolchen Hemdes einmal mit dem Leſen der Geſchichte begonnen, ſo kann er nicht oft bis zum nächſten Tage auf die heiß erſuchte Fortſetzung warten, ſondern reiſt die Blätter herunter, früher, als ſonſt nützlich ſein würde, wodurch ſich der Verbrauch dieſer Hemdeneinſätze ſo ſteigert, daß der Patent-Inhaber den an ihn geſtellten Anſprüchen kaum mehr genügen kann.

